

**DEKRETTENTWURF ZUR BILLIGUNG DES NACHTRAGS ZUM
KOOPERATIONSABKOMMEN VOM 30. MAI 2005 ZWISCHEN DEM STAAT, DEN
REGIONEN UND DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT ÜBER DIE
SOLIDARWIRTSCHAFT – DOKUMENT 46 (2009-2010) NR. 1**

DISKUSSION UND ABSTIMMUNG

HERR PAASCH, Minister: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Am 30. Mai 2005 haben der Föderalstaat, die Regionen und die Deutschsprachige Gemeinschaft ein weitreichendes Kooperationsabkommen abgeschlossen, mit dem Ziel, die Solidarwirtschaft im ganzen Land weiter auszubauen. Wir waren uns damals gemeinsam mit unseren Vertragspartnern einig, dass wir eine ganzheitliche Betrachtung der Wirtschaft brauchen, in der nicht nur rein wirtschaftliche und finanzielle, sondern auch soziale, umweltbezogene und ethische Ziele berücksichtigt werden müssen.

Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 2005 vereinbart, neue Initiativen im Bereich der Sozialwirtschaft zu entwickeln und zu unterstützen, bei denen soziale Ziele wie die Betreuung, die Bildung und die Eingliederung von besonders gefährdeten Zielgruppen im Vordergrund stehen und gleichzeitig mit dem Anspruch wirtschaftlicher Dynamik verknüpft werden sollten. Dabei wollten wir gezielt Synergien zwischen den Grundsätzen der klassischen Wirtschaft und denen der Sozialwirtschaft suchen. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, hat sich die Deutschsprachige Gemeinschaft seinerzeit gemeinsam mit den Vertragspartnern, insbesondere mit dem Föderalstaat, einerseits dazu entschlossen, Initiativen und Unternehmen der Sozialwirtschaft verstärkt zu unterstützen, und andererseits ein sozial verantwortliches Unternehmertum zu fördern.

Zu diesem Zweck stellte der Föderalstaat damals zusätzliche Finanzmittel in Aussicht, allerdings unter der Voraussetzung, dass sich die Regionen und die Deutschsprachige Gemeinschaft ebenfalls in demselben Umfang an den Anstrengungen zugunsten der Solidarwirtschaft beteiligen. Das bedeutet konkret: Für jeden einzelnen Euro, den der Föderalstaat uns zur Verfügung stellt, müssen auch wir 1 EUR investieren. Der Föderalstaat verpflichtete sich unter genau dieser Vorbedingung dazu, den Vertragspartnern für das Haushaltsjahr 2005 insgesamt mehr als 15 Millionen EUR zur Verfügung zu stellen. Von dieser Summe sollte die Deutschsprachige Gemeinschaft immerhin 1,3 % – ein interessanter Prozentsatz –, also ungefähr 200.000 EUR erhalten, natürlich unter der Voraussetzung, dass wir als Gemeinschaft bereit sein würden, 200.000 EUR zu investieren. Dieser Vertrag aus dem Jahre 2005 wurde seinerzeit für eine Laufzeit von vier Jahren, also bis zum Ende des Jahres 2008, abgeschlossen. Die Finanzmittel wurden jedoch nur für das Haushaltsjahr 2005 definitiv festgelegt. Für die Folgejahre sollten alle Parlamente der Vertragspartner entsprechende Nachträge verabschieden.

Einen solchen Nachtrag zu diesem Kooperationsabkommen müssen wir heute für das Haushaltsjahr 2008 verabschieden, jedenfalls dann, wenn wir die zugesagten Mittel des Föderalstaates erhalten wollen, und das wollen wir ja. Der Ihnen vorliegende Text dient also dazu, Finanzmittel in Höhe von 206.000 EUR für unsere Gemeinschaft abzusichern.

- 22 - Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Hinzu kommt, dass durch diesen Nachtrag das eigentlich bis Ende 2008 abgeschlossene Kooperationsabkommen de jure um ein weiteres Jahr, bis 2009, verlängert wird. Dieser Text hat also wirklich nur Vorteile. Deshalb kann ich mir nicht vorstellen, dass jemand gegen diesen Text stimmt.

Dem aufmerksamen Beobachter der Zeitgeschichte wird jedoch aufgefallen sein, dass wir uns heute bereits im Jahr 2010 befinden. Vielleicht stellt sich der eine oder andere die Frage, warum wir erst im Jahr 2010 ein Dokument verabschieden, das sich auf die Jahre 2008 und 2009 bezieht. Vielleicht fragt sich der eine oder andere, warum das so lange

gedauert hat oder, schlimmer noch, warum dieses auf den ersten Blick schon veraltete Dokument heute in Dringlichkeit verabschiedet werden muss. Nun, die Dringlichkeit ist sehr schnell und nachvollziehbar begründet: Wir wollen schlicht und einfach die Einnahmen für unsere Gemeinschaft so schnell wie möglich absichern und dann auch erhalten.

Warum aber hat es so lange gedauert, bis dieses Dokument dem Parlament vorgelegt werden konnte? Dafür gibt es mehrere Gründe und keiner liegt in der Verantwortung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Es gibt vor allem einen Grund. Sie werden ihn kennen, wenn Sie die Presse verfolgt haben. Die Diskussionen um die Solidarwirtschaft, die Ausführung und auch die Fortführung dieses Abkommens wurden während vieler Monate von den parallel stattfindenden Verhandlungen um eine mögliche Staatsreform geprägt, denn – Sie werden sich daran erinnern – der Bereich der Sozialökonomie sollte bereits im Jahr 2007 zum ersten Paket einer Staatsreform gehören. Hinzu kamen in der Zwischenzeit Regierungswechsel sowohl auf föderaler als auch auf gemeinschaftlicher und regionaler Ebene. Mit diesem Wechsel hatten wir in unserer Gemeinschaft bekanntlich kein Problem, andere aber sehr wohl. Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat sich immer wieder mündlich und schriftlich für die Unterzeichnung dieses Nachtrags und auch für die Verlängerung des Abkommens eingesetzt. Eigentlich – das darf ich an dieser Stelle auch sagen – hatten wir sogar gehofft, heute „schon“ den eigentlichen Nachtrag für das Jahr 2009 vorstellen zu können. Darauf hatte man sich nämlich schon auf informeller Ebene im Konzertierungsausschuss, in dem auch wir vertreten sind, verständigt. Aufgrund der Regierungskrise mussten jedoch diese Arbeiten ebenfalls vorerst auf Eis gelegt werden.

Ich kann Ihnen in diesem Zusammenhang versichern, dass wir uns weiterhin sowohl für eine rasche Abwicklung der Genehmigungsprozedur für den Nachtrag 2009 als auch ganz grundsätzlich für eine Verlängerung dieses Abkommens einsetzen werden, jedenfalls so lange, wie die noch offenen Fragen in Bezug auf eine Staatsreform oder eine denkbare Regionalisierung der Sozialökonomie nicht geklärt sind.

Lassen Sie mich abschließend erwähnen, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft ihre in diesem Abkommen eingegangenen Verpflichtungen immer eingehalten hat. Ich sagte es bereits: Um in den Genuss aller vom Föderalstaat zugesagten Finanzmittel zu kommen, muss die Deutschsprachige Gemeinschaft jedes Jahr 200.000 EUR aus Eigenmitteln in die Sozialökonomie investieren. Ich darf Ihnen sagen, dass wir diese Summe im vorletzten Jahr erreicht und im letzten Jahr sogar um mehrere 100.000 EUR übertroffen haben. Wir tun also deutlich mehr, als man von uns verlangt. Alleine in den letzten drei Jahren, zwischen 2006 und 2008, ist es uns gelungen, die Anzahl der bezuschussten Stellen in diesem Bereich um etwa 45 % zu erhöhen. Mittlerweile beschäftigt die Sozialökonomie in unserer Gemeinschaft insgesamt rund 1.000 Personen. Das sind viele Menschen, von denen nur ein geringer Anteil, etwa 20 bis 23 %, von der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezuschusst wird.

Die entsprechenden Einzelberichte werde ich selbstverständlich dem zuständigen Ausschuss zustellen. An dieser Stelle bitte ich Sie um die Zustimmung zu diesem Dokument. Ich danke Ihnen!

(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 21. September 2010

DER PRÄSIDENT: Es hat keine Fraktion um Stellungnahme gebeten. Damit ist die allgemeine Diskussion geschlossen. Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über den einzigen Artikel des Dokuments 46.

Der einzige Artikel ist mit 22 Jastimmen einstimmig angenommen.

Die Diskussion und Abstimmung über den einzigen Artikel ist geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 46.
Es stimmen mit Ja Frau R. ARENS, die Herren P. ARIMONT, M. BALTER, K.-H. BRAUN,
R. CHAINEUX, Frau P. CREUTZ, die Herren E. DANNEMARK, L. FRANK, Frau F. FRANZEN,
Frau L. KLINKENBERG, die Herren H.-D. LASCHET, P. MEYER, G. PALM, Frau
N. ROTHEUDT, Herr F. SCHRÖDER, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, L. SIQUET,
Frau R. STOFFELS, Frau G. THIEMANN, die Herren A. VELZ und J.-L. VELZ.

Der Dekretentwurf ist mit 22 Jastimmen einstimmig angenommen.

(Vom Plenum verabschiedeter Text: siehe Dokument 46 (2009-2010) Nr. 1)